



Flüchtlingsrat
Schleswig-Holstein e.V.

Pressemitteilung

Kiel, 10.12.2019

Leuchtturm des Nordens 2019:

"Der Leuchtturm ist ein Sinnbild für einen Ort der Sicherheit, für einen sicheren Hafen"

Preis des Landesflüchtlingsrates geht an die schleswig-holsteinischen SEEBRÜCKEN-Initiativen

Am *Internationalen Menschenrechtsstag* vergibt der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V. seit 2005 einmal jährlich den Leuchtturm des Nordens - den Preis für herausragendes Engagement in der Flüchtlings-solidaritätsarbeit.

In diesem Jahr ging die Auszeichnung an die schleswig-holsteinischen SEEBRÜCKEN-Initiativen. Die Preisverleihung fand statt am Dienstag, den 10.12.2019, im Rahmen der Veranstaltung des AMIF-Netzwerks "Aktive Kommunen als Hoffnungsträger künftiger Flüchtlingspolitik?" in Kiel.

Die Laudatio auf die Preisträger*innen hielt Frau Parinaz Mehranfer vom Zentrum für Empowerment und interkulturelle Kreativität, Kiel. Die Laudatio auf die Preisträger*innen des Leuchtturms des Nordens wird traditionell von den Vorjahresprämierten gehalten.

"Der Leuchtturm ist ein Sinnbild für einen Ort der Sicherheit, für einen sicheren Hafen der angesteuert werden kann, wenn man in einen Sturm gerät und Schutz sucht", erklärt Parinaz Mehranfer und rückt die Betroffenheit der Geflüchtete ins Zentrum: "Jedes Jahr, jede Stunde und jede Minute suchen Menschen Schutz und Sicherheit. Sie begeben sich in eine völlig unabsehbare Situation und nehmen gefährliche Wege in Kauf."

Als SEEBRÜCKEN haben sich unter dem Eindruck der in Transitländern, insbesondere in Libyen, in Wüsten und auf offenen Meeren durch europäische Abschottung verursachten Flüchtlingstragödien bundesweit lokale bürgerschaftliche Initiativen zusammengeschlossen. Sie protestieren gegen die nationale und europäische opferreiche Abschottungspolitik und engagieren sich in Städten und Gemeinden dafür, dass diese sich als aufnahmebereit für Geflüchtete erklären.

"Wir möchten darauf aufmerksam machen, dass die Normalisierung zivilgesellschaftlichen Engagements keinesfalls darüber hinwegtäuschen darf, dass der Schutz von Menschenrechten Staatsraison und damit auf europäisches Handeln und das Handeln jedes einzelnen Staates angewiesen ist", erklärt Julian Schröder für die SEEBRÜCKE Kiel, dass ihr Engagement keinesfalls als Entlassung des Staates aus seiner grundrechtlichen Verpflichtung der Flüchtlingsaufnahme und Schutzgewährung verstanden werden darf.

Inzwischen haben sich bundesweit 130 Städte und Kreise bis dato zu solchen Sicheren Häfen erklärt (seebruecke.org/startseite/sichere-haefen-in-deutschland/). Die schleswig-holsteinischen SEEBRÜCKEN-Initiativen hatten und haben durch ihre engagierte Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit, insbesondere gegenüber Bürgermeister*innen, Landrät*innen und lokalen Politik-Vertreter*innen, einen erheblichen Anteil an diesem Erfolg.

"Uns als SEEBRÜCKEN Schleswig-Holstein gibt es erst seit gut einem Jahr. 12 Kommunen, Landkreise und Städte in Schleswig-Holstein sind schon 'Sicherer Hafen'. Diesen Absichtserklärungen sollten bald konkrete Aufnahmemöglichkeiten für aus Seenot Gerettete folgen. Daran wollen wir in Zukunft arbeiten und mit den Verantwortlichen auf kommunaler und Landesebene sprechen", kündigt Sascha Letje von der SEEBRÜCKE Kiel an.

"Nicht nachvollziehbar ist es, wenn das für die kommunale Aufnahme von Geflüchteten zustimmungspflichtige Bundesinnenministerium solche Aufnahmeinitiativen nicht durchwinkt", klagt Martin Link, Geschäftsführer beim Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein und wundert sich: "Mit Verweis auf das Veto der konservativen Bundestagsfraktionen sieht sich der Minister hier nicht handlungsfähig!" Es überrascht schon sehr, dass Innenminister Seehofer - anders als von ihm gewohnt - seine Richtlinienkompetenz an dieser Stelle dem politischen Willen eines Teils des Bundestages unterordnet.

Die SEEBRÜCKEN-Initiativen setzen gerade wo es in der Politik zunehmend en vogue erscheint, die Zugänge für Schutzsuchende immer enger zu schnüren, deutliche Zeichen dafür, dass die Gesellschaft die menschenrechtliche Zuständigkeit der Flüchtlingsaufnahme nicht allein auf die nationale Ebene schieben kann. "Für die Tragödien auf den Fluchtwegen stellen sich Staat und Gesellschaft die gleichen Herausforderungen. Die SEEBRÜCKEN engagieren sich dafür, dass dieser humanitäre Verantwortung auch vor Ort in Städten und Gemeinden entsprochen werden kann und muss", begründet Link die Entscheidung seines Vereins für die diesjährigen Preisträger*innen.

Das Thema Kommunale Aufnahmeprogramme wird die flüchtlingspolitische Diskussion in der anstehenden Zukunft nicht unwesentlich kennzeichnen. Zur Veranstaltung "Aktive Kommunen als Hoffnungsträger künftiger Flüchtlingspolitik?" hat Dr. Danielle Gluns von der Universität Hildesheim eine bundesweite Untersuchung zur Wirksamkeit von kommunalen Aufnahmeprogrammen für Geflüchtete vorgestellt. Norbert Scharbach, Leiter der Abteilung für Integration und Zuwanderung im Kieler Innenministerium, hat aus ministerieller Sicht einen Beitrag über den Stellenwert von Aufnahmeprogrammen in der Landespolitik gehalten.

Der syrische Oud-Spieler Nedal Aldaiekh hat für die musikalische Begleitung der Veranstaltung gesorgt.

Der undotierte Preis "Leuchtturm des Nordens"¹ wird vom Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e. V. seit 2005 alljährlich an Personen oder Gruppen vergeben, die sich in herausragender Weise um die in Schleswig-Holstein Schutz und Zukunft suchenden Flüchtlinge verdient gemacht haben.

Mehr Informationen und Pressekontakt: Martin Link, T. 0431-5568 5640, ml@frsh.de

¹ <https://www.frsh.de/fluechtlingsrat/leuchtturm-des-nordens/>